

## **Bericht über die Haushaltsentwicklung 4. Quartal 2006 und 1. Quartal 2007**

**Anlagen: - 1 -**  
**Gäste: keine**

---

### **Sachverhalt:**

Seit 2001 berichtet die Verwaltung im Ausschuss vierteljährlich über die Entwicklung des Kreishaushalts. Aktuell steht sowohl der Bericht über das vierte Quartal 2006 als auch der über das erste Quartal 2007 an. Die Veränderungen bis zum vierten Quartal 2006, über die berichtet wird, stellen im Wesentlichen auch die Begründung für das Jahresergebnis 2006 dar. Die Jahresabschlussarbeiten stehen allerdings erst in den Anfängen, so dass die Prognose zum Jahresergebnis 2006 nur auf den nachfolgend beschriebenen Veränderungen basiert.

### **Bericht über die wichtigsten Haushaltsveränderungen bis zum vierten Quartal 2006 und Prognose zum Jahresergebnis**

Dem Kreistag hat die Verwaltung am 24.07.2006 (DS-Nr. 084/2006) über die Haushaltsentwicklung bis zum zweiten Quartal 2006 berichtet. Die wesentlichen Veränderungen im Haushaltsjahr 2006 im Vergleich zur Veranschlagung sind im Folgenden dargestellt. Zum Vergleich sind auch die Prognosen nach dem 2. Quartal aufgeführt.

#### **Verwaltungshaushalt**

#### **IV. Quartal**

#### **II. Quartal**

- **Personalausgaben, Hauptgruppe 4 in allen Unterabschnitten**

Durch eine wiederum äußerst sparsame Personalpolitik konnten bei den Personal-

kosten	<b>160.000 €</b>	<b>0 €</b>
<p>eingespart werden. Damit wurden die bei der Ansatzkalkulation von der Verwaltung eingerechneten Einsparungen ebenso übertroffen, wie die vom Kreistag im Rahmen der Haushaltsplanberatung beschlossene pauschale Kürzung der Personalausgaben um 120.000 €.</p>		
<p>• <b>Buß- und Verwarnungsgelder, HHSt. 1105.0610</b></p>		
<p>Die Fallzahlen im Bereich der Geschwindigkeitsüberwachung haben sich in 2006 auf ähnlich hohem Niveau wie im Vorjahr bewegt. Gegenüber dem Ansatz konnten deshalb Mehreinnahmen von erzielt werden.</p>	<p><b>100.000 €</b></p>	<p><b>50.000 €</b></p>
<p>• <b>Gebühreneinnahmen des Straßenverkehrsamtes, HHSt. 1110.0610</b></p>		
<p>Auch bei der Zulassungsstelle haben sich die Fallzahlen günstiger entwickelt als bei der Haushaltsplanung einkalkuliert. Wesentlich dazu beigetragen haben Vorzieheffekte aus der Mehrwertsteuererhöhung und Neuzulassungen nach dem Hagelunwetter zur Jahresmitte. Die Gebühreneinnahmen liegen um</p>	<p><b>150.000 €</b></p>	<p><b>Kein Wert</b></p>
<p>über dem Ansatz von 2,31. Mio. €</p>		
<p>• <b>Schulsachkostenbeiträge u. Ersätze für Lernmittel (Untergruppen 1710 u. 1680 bei den Schulen)</b></p>		
<p>Das Land hat die Sachkostenbeiträge nach-</p>		

träglich erhöht und für jeden Schüler einen pauschalen Zuschlag von 9 Euro gewährt. Zusammen mit höheren Ersätzen für Lernmittel lagen wir deshalb um knapp über der Ansatzsumme.

240.000 €

200.000 €

- **Schulgebäudeunterhaltung (Gruppe 5010 bei den Schulen)**

Durch das schwere Hagelunwetter im Juni 2006 sind an den Schulgebäuden in Villingen-Schwenningen erhebliche Schäden entstanden, die sich nach Abschluss sämtlicher Arbeiten voraussichtlich auf knapp 1 Mio. € saldieren. Der Ausschuss für Bildung und Soziales wurde bereits am 23.10.2006 über das Schadensausmaß informiert (DS-Nr. 104/2006). Die Verwaltung geht davon aus, dass die Hagelschäden von der Gebäudeversicherung vollständig übernommen werden.

In 2006 konnten nur die dringendsten Maßnahmen mit einem Ausgabevolumen von 240.000 € ausgeführt werden. Davon hat die Versicherung bislang einen Betrag von 40.000 € erstattet, so dass sich in 2006 zunächst eine Verschlechterung von ergibt. Der Differenzbetrag wird bei der Kreiskasse erst im laufenden Rechnungsjahr eingehen. In 2007 ist daher mit einer Verbesserung in gleicher Höhe zu rechnen.

-200.000 €

Kein Wert

### **Soziale Sicherung, Einzelplan 4**

- **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, UA 4104**

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung war auch im Jahr 2006 von erheblichen Fallzahlen- und Kostensteigerungen geprägt. Die im Haushalt nochmals angehobenen Planansätze waren nicht auskömmlich und wurden um etwa 300.000 € überschritten. Auf der Gegenseite hat eine nicht periodengerecht vorgenommene Rechnungsabgrenzung zwischen den Jahren 2005 und 2006 zu einer Entlastung von 450.000 € geführt, so dass der UA 4104 letztlich mit einer Verbesserung von abschließt.

150.000 €

300.000 €

- **Hilfe zur Pflege, UA 4110**

Bei der Hilfe zur Pflege registrierte die Verwaltung 2005 unterjährige Fallzahlensteigerungen von bis zu 15%, die zum damaligen Zeitpunkt Mehrausgaben von 700 – 900.000 € befürchten ließen. Der für 2005 hochgerechnete Nettoaufwand von 5,48 Mio. € wurde der Plankalkulation 2006 zugrunde gelegt und mit einer weiteren Steigerungsrate von 4% fortgeschrieben. Nachdem sich die Fallzahlen entgegen der ursprünglichen Annahme bereits Ende 2005 stabilisiert und bei der stationären Pflege in 2006 sogar um 2% abgenommen haben, verringert sich der mit 5,76 Mio. € ausgewiesene Nettoaufwand der Hilfe zur Pflege um 895.000 €. Im Haushaltsplan

2007 wurden die Ansätze folgerichtig bereits nach unten korrigiert.

Gleichzeitig hat eine rückwirkend für die Jahre 2001 bis 2005 vorgenommene Änderung des Wohngeldrechts zu Mehreinnahmen von 465.000 € geführt. Insgesamt schließt die Hilfe zur Pflege damit mit einer Verbesserung von ab.

1.360.000 €

400.000 €

- **Eingliederungshilfe für Behinderte, UA 4170**

Im Bereich der ambulanten und der teilstationären Hilfen haben wir gegenüber dem Vorjahr nur leichte Fallzahlensteigerungen verzeichnen müssen. Obwohl noch nicht alle Leistungen vollständig abgerechnet werden konnten, kalkulieren wir bei der Eingliederungshilfe mit einer Verschlechterung von

-110.000 €

0 €

- **Sonstige Hilfeleistungen innerhalb des Abschnitts 41**

Innerhalb der vielen kleineren Hilfearten des Abschnitts 41 haben sich weitere Veränderungen ergeben, die mit einer Verbesserung von abschließen. Maßgeblich hierzu hat die vom LWV übernommene Hilfe zum Lebensunterhalt, UA 4150 beigetragen.

420.000 €

Kein Wert

- **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Abschnitt 42**

Aufgrund weiterhin rückläufiger Fallzahlen

und geringer werdender Aufwendungen in der Krankenhilfe liegt der Nettoaufwand um unter der Veranschlagung.

**80.000 €**

**Kein Wert**

- **Gebühreneinnahmen der Übergangswohnheime, HHSt. 4360.1100**

Die Belegungsquote der Übergangswohnheime hat in 2006 deutlich abgenommen. Allein gegenüber dem Vorjahr ist sie etwa um die Hälfte zurückgegangen. Die Wohnheimgebühren lagen deshalb um unter dem Haushaltsansatz.

**-80.000 €**

**Kein Wert**

- **Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV), UA 4820**

Die Hartz IV-Gesetzgebung hat zu weit reichenden Anspruchsausweitungen geführt, die die gegen gerechneten Einsparungen bei der Sozialhilfe erheblich übersteigen. Zu diesem Thema wurde dem Ausschuss für Bildung und Soziales in der Sitzung am 26.06.2006 bereits ein Sachstandsbericht gegeben. Auf die DS-Nr. 070/2006 wird verwiesen.

Während sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im 1. Halbjahr 2005 noch zwischen 4.100 und 4.300 bewegte und damit schon über dem ursprünglich prognostizierten Planwert von 3.900 lag, stieg sie Ende 2005 sprunghaft auf 5.332 an. Dadurch wurde der veranschlagte Nettoaufwand bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Rechnungsjahr 2005 um 1,62 Mio. € überschritten.

Bei der Kalkulation der Planansätze 2006 war diese Entwicklung nicht absehbar. Die Verwaltung ging noch von durchschnittlich 4.700 Bedarfsgemeinschaften und einem Nettoaufwand von 10,17 Mio. € aus. Tatsächlich wies die Statistik im Mittel mehr als 5.300 Empfängerhaushalte aus. Dem Landkreis sind dadurch monatlich zusätzlich Ausgaben von mehr als 200.000 € entstanden. Am Jahresende wurde der veranschlagte Nettoaufwand bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende deshalb um überschritten. Aus Gründen der Kostentransparenz wurde die Verbuchung der Unterkunfts-kosten unterjährig vom Netto- auf das Bruttoprinzip umgestellt. Dies war bei der Erstellung des Halbjahresberichts noch nicht bekannt, so dass bei der Berechnung II/2006 zu geringe Einnahmen angenommen wurden.

**-1.680.000 €      -2.500.000 €**

- **Jugendhilfe, Abschnitt 45**

Beim Jugendhilfeaufwand rechnen wir mit einer Verbesserung von

**340.000 €      100.000 €**

Diese Entwicklung wurde allein durch rückläufige Kosten beim Kreisjugendamt positiv beeinflusst.

- **Allg. Abfallbeseitigung, UA 7220**

Der Gebührenhaushalt der Abfallbeseitigung wird mit einem Fehlbetrag von voraussichtlich

**-250.000 €      Kein Wert**

abschließen. Neben rückläufigen Einnahmen aus Direktanlieferungen von Gewer-

bemüht schlagen hier die Steuerungsleistungen im Rahmen der internen Leistungsverrechnung zu Buche, die nach Inkrafttreten des neuen Kommunalabgabengesetzes in die Nachkalkulation der Abfallgebühren einbezogen werden müssen. Bei der Erstellung der Kalkulation im Sommer 2005 waren diese Leistungen noch im Unterabschnitt 7250 – Nicht gebührenfähige Aufwendungen veranschlagt.

- **Nicht gebührenfähige Aufwendungen bei der Abfallbeseitigung, UA 7250**

Nach dem neuen Kommunalabgabengesetz sind die im Bereich der Abfallbeseitigung anfallenden Gemeinkosten (einschließlich der Steuerungskosten) seit 2005 ansatzfähig und können daher über die Gebühreneinnahmen abgerechnet werden. Aufgrund der bisherigen Rechtsprechung waren diese Aufwendungen bislang im UA 7250 – Nicht gebührenfähige Aufwendungen – zu Lasten des Landkreises ausgewiesen.

275.000 €

250.000 €

- **Schülerbeförderung/ÖPNV, UA 7920**

Im UA 7920 -Förderung des ÖPNV/ Schülerbeförderung- zeichnet sich gegenüber der Veranschlagung im Haushaltsplan eine Verbesserung von rd.

1.500.000 €

Kein Wert

ab. Dies ist fast ausschließlich auf die Nachzahlung von AEG-Zuweisungen für 2005 für den Ringzug zurückzuführen. Die Veranschlagung der Einnahmen nach § 6a



AEG (Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr im Schienenverkehr) im Haushalt 2006 beruhte auf den gesetzlichen Werten, die der Ringzug zu beanspruchen hatte. Diese Zahlungen erhöhen sich jedoch wesentlich, wenn in einem aufwändigen Verfahren individuelle höhere Werte bei den Reiseweiten der Auszubildenden nachgewiesen werden. Dieser Nachweis wurde beim Ringzug erbracht und gegenüber dem Land geltend gemacht. Das Land hatte dies zum Jahresende 2005 anerkannt und auch die Nachzahlungen für die Jahre 2003 und 2004 geleistet. Dies führte im Rechnungsjahr 2005 zu den bereits bekannten Verbesserungen im UA 7920. Die Nachzahlung für 2005 wurde im Rechnungsjahr 2006 vereinnahmt.

- **Zuweisungen nach § 8 FAG, HHSt.**

- **9000.0411**

Bei den Schlüsselzuweisungen hat das Land den Kopfbetrag Ende November 2006 von 396 auf 405 €/ Einwohner erhöht. Dadurch ergab sich eine Verbesserung von 1.288.000 €. Gleichzeitig erhielt der Landkreis für das Jahr 2005 eine Nachzahlung von 112.000 €. Insgesamt fielen die Zuweisungen damit um höher aus als geplant.

**1.400.000 €**

**Kein Wert**

- **Grunderwerbsteuer, HHSt. 9000.0611**

Wegen der Abschaffung der Eigenheimzulage sowie eines Sonderzuflusses zu Jahresbeginn liegen die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer um  
über dem Ansatz von 5,4 Mio. €

570.000 €

900.000 €

- **Zuweisung eines Teils des beim Land durch Hartz IV eingesparten Wohngeldes, HHSt. 9000.0920**

Das Land gibt den Betrag, der durch den Wegfall des Wohngeldes für Arbeitslosengeld II-Empfänger zu einer Entlastung im Landeshaushalt führt, teilweise an die Stadt- und Landkreise weiter. Eine Nachberechnung für 2005 hat ergeben, dass die Entlastung des Landes mit 40,6 Mio. € über dem ursprünglich einkalkulierten Betrag von 33 Mio. € liegt. Der Differenzbetrag von 7,6 Mio. € wurde den Kreisen nachträglich erstattet. Der Schwarzwald-Baar-Kreis erhielt dadurch eine Nachzahlung von 108.000 €. Zusammen mit den in 2006 erhöhten Abschlagszahlungen liegt die Zuweisung bei 720.000 €. Gegenüber dem Haushaltsansatz entspricht dies einer Verbesserung von

150.000 €

150.000 €

- **Umlage an den Kommunalverband für Jugend und Soziales, HHSt. 9000.8322**

Der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) übernimmt seit 2005 einen Teil der Aufgaben der bisherigen Landeswohlfahrtsverbände.

Ausgehend vom Finanzbedarf des Vorjahres wurde die an den Kommunalverband zu entrichtende Umlage im Haushalt mit 1.506.000 € in Ansatz gebracht. Nach der Haushaltsverabschiedung hat die Verbandsversammlung aufgrund eines erheblich geringeren Finanzbedarfs einen entsprechend reduzierten Umlagesatz beschlossen, durch den Wenigerausgaben von

690.000 €

150.000 €

entstehen.

- **Zinsen für Geldanlagen, HHSt. 9100.2050**

Die zumindest phasenweise gute Kassenlage erlaubte die zinsgünstige Anlage von frei verfügbaren Kassenmitteln. Zudem sind die Zinssätze für kurzfristige Geldanlagen deutlich gestiegen. So konnten in 2006 zusätzliche Zinseinnahmen von erwirtschaftet werden.

115.000 €

Kein Wert

- **Sonstige Planabweichungen innerhalb des Verwaltungshaushalts**

195.000 €

200.000 €

---

Per Saldo ergeben die aufgeführten Änderungen im **Verwaltungshaushalt** eine

**Verbesserung** von

5.575.000 €200.000 €

Um diesen Betrag erhöht sich nach der Haushaltssystematik die **Zuführung an den Vermögenshaushalt**.

---

**Vermögenshaushalt:**

- **Berufliche Schulen, Abschnitt 24**

Für zusätzliche Investitionen im Bereich der gewerblich-technischen Schulen hat der Ausschuss für Bildung und Soziales zusätzliche Mittel von

**-150.000****Kein Wert**

bereitgestellt (DS-Nr. 113/2006). Die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe soll aus Einsparungen erfolgen, die sich durch die Umlagesenkung des KVJS ergeben.

- **Kreisstraßen, Unterabschnitt 6500**

Durch eine Anhebung der Pauschalsätze sind die FAG-Zuweisungen des Landes für den Kreisstraßenbereich um 60.000 € höher ausgefallen als eingeplant.

Mit diesen Zuweisungen sind vorab die Unterhaltungsaufwendungen des Verwaltungshaushalts zu finanzieren. Nachdem beim Winterdienst Wenigerausgaben entstanden sind, haben sich die im Vermögenshaushalt für die Finanzierung der Ausbaumaßnahmen bereitstehenden Mittel um weitere 140.000 € erhöht. Insgesamt saldiert sich die Verbesserung im Bereich der Kreisstraßen damit auf 200.000 €.

Diese Mittel sollen dazu verwendet werden, die in 2007 geplanten Straßenbau-Projekte mit zu finanzieren. Deshalb wurde ein Haushaltsausgaberest über 200.000 € zur Übertragung vorgemerkt.

**0 €****Kein Wert**

- **Abfallbeseitigung, UA 7220**

Im Zusammenhang mit der Neuvergabe der Müllabfuhrleistung brachte der zum 01.01.2006 in Kraft getretene Sammelvertrag gegenüber den Vorjahren deutliche Einsparungen, die unter anderem im Wegfall der Behälterbeschaffung durch die Unternehmen begründet lagen. Seit diesem Zeitpunkt deckt der Landkreis den Bedarf an Abfallbehältern selbst ab. Allerdings waren hierfür in 2006 keine Mittel eingestellt. Dadurch sind Mehrausgaben von

**-160.000 €**

**Kein Wert**

entstanden, die in den kommenden Jahren wieder über die Gebühreneinnahmen vollständig refinanziert werden.

- **Kreditaufnahmen, HHSt. 9100.3771**

Durch die Mehrzuführung aus dem Verwaltungshaushalt kann auf Kreditaufnahmen von

**148.000 €**

**Kein Wert**

verzichtet werden.

- **Tilgung von Krediten, HHSt. 9100.9771**

Zur Wahrung der Kassenliquidität musste der Landkreis zu einem früheren Zeitpunkt Kredite aufnehmen, als noch bei der Haushaltsplanung angenommen. Dadurch sind unterjährig zusätzliche Tilgungsaufwendungen von

**-124.000 €**

**Kein Wert**

entstanden.

- **Zuführung an die allgemeine Rücklage, HHSt. 9100.9100**

Bei der Genehmigung des Haushaltsplans 2007 hat das Regierungspräsidium Freiburg festgestellt, dass „trotz deutlich besserer Rahmenbedingungen noch nicht einmal die gesetzliche Mindestrücklage“ erreicht wird. Der Mindestbestand der allgemeinen Rücklage beläuft sich im Haushaltsjahr 2007 auf 3,20 Mio. €, im Haushaltsjahr 2008 sogar auf 3,54 Mio. €. Tatsächlich weist die Rücklage derzeit lediglich einen Stand von 2.462.674,04 € aus. Zur Auffüllung auf den gesetzlichen Mindestbestand wird der Rücklage ein Betrag von

zugeführt.

**-1.075.000 €**

**Kein Wert**

- **Abwicklung von Fehlbeträgen, HHSt. 9200.9920**

In den Rechnungsjahren 2003 bis 2005 sind Fehlbeträge entstanden, die sich auf 2.275.000 € saldieren und die nach den Bestimmungen des Gemeindefinanzrechts bis spätestens 2008 ausgeglichen sein müssen. Um die folgenden Haushaltsjahre zu entlasten, sollen die Verbesserungen im Verwaltungshaushalt dazu genutzt werden, die Fehlbeträge bereits in 2006 vollständig abzudecken. Im Nachtragshaushalt 2006 ist hierfür ein Teilbetrag von 301.000 € eingeplant. Für den vollständigen Ausgleich der Fehlbeträge muss damit noch ein zusätzlicher Betrag von

aufgewendet werden.

**-1.974.000 €**

**Kein Wert**

- |   |                         |                         |
|---|-------------------------|-------------------------|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Sonstige Planabweichungen innerhalb des Vermögenshaushalts</b></li> </ul> | <p><b>-40.000 €</b></p> | <p><b>Kein Wert</b></p> |
|---|-------------------------|-------------------------|
- 

Per Saldo ergeben die aufgeführten Veränderungen im **Vermögenshaushalt** eine **Verbesserung** von

<u><b>2.200.000 €</b></u>	<u><b>200.000 €</b></u>
---------------------------	-------------------------

Die übrigen im Vermögenshaushalt veranschlagten Investitionen wurden weitgehend planmäßig abgewickelt. In welchem Umfang Mittel noch Haushaltsausgabereste gebildet werden müssen, lässt sich derzeit nicht abschließend sagen.

<b>Bericht über die Haushaltsentwicklung im ersten Quartal 2007</b>
---

Wir nehmen den Bericht zur Haushaltsentwicklung zum Anlass, dem Ausschuss den Haushaltserlass des Regierungspräsidiums Freiburg zum Haushalt 2007 zur Kenntnis zu bringen. Er ist diesem Bericht als Anlage beigelegt.

Es ist problematisch, aus den Ergebnissen der ersten drei Monate schon Hochrechnungen auf das gesamte Jahr anzustellen oder daraus verlässliche Trends abzuleiten. Dennoch will die Verwaltung den Ausschuss frühzeitig über die aktuellen Entwicklungen bei den großen Einnahmen- und Ausgabenpositionen des laufenden Haushaltsjahres informieren und dabei auch die bereits jetzt bekannten Planabweichungen ansprechen.

- **Personalausgaben**

Gegenüber der Kalkulation der Personalkostenansätze haben sich bislang keine nennenswerten Veränderungen ergeben. Nach zwei vorliegenden Abrechnungsmonaten gehen wir davon aus, dass wir die in die Ansätze einkalkulierten Einsparungen von 300.000 € realisieren können.

- **Gebühreneinnahmen, Buß- und Verwarnungsgelder**

Die Gebühreneinnahmen, insbesondere im Bereich der Zulassungsstelle und des Baurechtsamtes, laufen im 1. Quartal noch schleppend. Das ist größtenteils saisonal bedingt und daher nicht bedenklich. Es kann davon ausgegangen werden, dass die kommenden Quartale höhere Einnahmen bringen werden. Ob die Haushaltsansätze tatsächlich erreicht werden, kann heute noch nicht prognostiziert werden.

- **Schulgebäudeunterhaltung**

Die durch das Hagelunwetter an den Schulgebäuden entstandenen Schäden konnten in 2006 nur teilweise beseitigt werden. Die dadurch kassenwirksam gewordenen Ausgaben hat die Gebäudeversicherung – nach Abschluss der Arbeiten – allerdings erst in 2007 erstattet. Im laufenden Rechnungsjahr ist daher mit einer Verbesserung von 200.000 € zu rechnen.

- **Soziale Sicherung**

Die Vergangenheit hat immer wieder gezeigt, dass der in den ersten Wochen und Monaten eines Jahres anfallende Aufwand der Sozial-, Jugend- und Eingliederungshilfe teilweise dem alten Jahr zuzuordnen ist und im neuen Jahr dadurch zunächst eine Lücke entsteht. Deswegen erscheint es zum jetzigen Zeitpunkt nicht ratsam, eine Prognose zum Jahresergebnis abzugeben. Wir hoffen, dass wir im nächsten Zwischenbericht zur Haushaltslage für die Soziale Sicherung eine erste Prognose abgeben können.

- **Grunderwerbsteuer**

Das Steueraufkommen 2006 war maßgeblich von einem Sonderzufluss zu Jahresbeginn und dem Wegfall der Eigenheimzulage gekennzeichnet. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass das aktuelle Zwischenergebnis nach den ersten drei Monate um 850.000 € geringer ausfällt als im Vorjahr. Rechnet man zu diesen Einnahmen das Grunderwerbsteueraufkommen der Monate April bis Dezember 2006 hinzu, so ist mit Gesamteinnahmen von etwa 5,15 Mio. € zu rechnen. Das wären 250.000 € weniger als veranschlagt.



- **Vermögenshaushalt**

Die im Vermögenshaushalt veranschlagten Investitionen werden aus heutiger Sicht planmäßig realisiert. Der Mittelabfluss im ersten Quartal ist erfahrungsgemäß gering, weil die Ausführung der Investitionen schwerpunktmäßig in den Sommermonaten liegt.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

#### **Zum voraussichtlichen Jahresergebnis 2006**

Erfreulicherweise hat sich der Haushaltsverlauf 2006 deutlich verbessert. Das Rechnungsergebnis schließt voraussichtlich mit einem Überschuss von 2,2 Mio. € ab. Dazu haben vor allem höhere Schlüsselzuweisungen, Mehreinnahmen bei der Grunderwerbsteuer, unerwartet hohe Nachzahlungen des Landes für den Ringzug, geringere Ausgaben bei der Hilfe zur Pflege sowie eine nachträgliche Senkung der Umlage an den KVJS beigetragen. Zusammen mit weiteren kleineren Verbesserungen kann die einzig große Verschlechterung im Jahresverlauf 2006 in Höhe von knapp 1,7 Mio. € bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) aufgefangen werden. Darüber hinaus können die in den Jahren 2003 bis 2005 aufgelaufenen Fehlbeiträge von beinahe 2,3 Mio. € überplanmäßig abgedeckt und die allgemeine Rücklage auf den Stand der gesetzlichen Mindestrücklage gebracht werden.

Der sich in 2006 abzeichnende Überschuss von 2,2 Mio. € ist nach § 41 Abs. 3 der Gemeindehaushaltsverordnung der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Die Haushaltsberatungen für 2007 haben gezeigt, dass es der gemeinsame Wille aller Fraktionen im Kreistag ist, zumindest die nicht rentablen Schulden des Landkreises deutlich abzubauen. Von der Verwaltung wird daher vorgeschlagen, zwei Darlehen, bei denen die Zinsbindung Ende Juni 2007 ausläuft und deren Restkapitalschuld sich auf knapp 970.000 beläuft, im laufenden Haushaltsjahr vorzeitig zu tilgen. Im Haushaltsplan sind hierfür keine Mittel bereitgestellt. Um die Sondertilgung finanzieren zu können, muss dieser Betrag deshalb der allgemeinen Rücklage in 2007 entnommen werden. Insofern wäre bei der Rücklagenzuführung 2006 ein Be-

trag von 970.000 € gebunden. Der verbleibende Betrag von 1.230.000 € dient der Aufrechterhaltung der Kassenliquidität.

Ein weiterer positiver Aspekt der Haushaltsentwicklung liegt darin, dass die Verwaltungsreform auch in 2006 keine Belastung für die Kreisfinanzen darstellen wird. Obwohl die FAG-Zuweisungen um weitere 3% gekürzt wurden, verbleibt ein respektable Überschuss für den Kreishaushalt.

### **Zum ersten Quartal 2007**

Nachdem erst knapp drei Monate im ersten Quartal vergangen sind, kann naturgemäß noch keine Prognose zum Jahresergebnis erstellt werden. Die wenigen Bereiche, in denen zum jetzigen Zeitpunkt über Veränderungen berichtet oder eine Hochrechnung vorgenommen werden kann, sind die Grunderwerbsteuer und die Erstattungsleistungen der Gebäudeversicherung für den Hagelschaden. Eine Wertung des ersten Quartals ist schwierig, denn zum finanziell bedeutendsten Block des Kreishaushalts, nämlich der Sozialen Sicherung, kann noch keine Prognose erstellt werden.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Haushaltsentwicklung im vierten Quartal 2006 und im ersten Quartal 2007 zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss stimmt einer Sondertilgung von 970.000 € im Rechnungsjahr 2007 zu.